

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 26 | 28.06.2024

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre

Redaktionelle Leitung: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer | Univ.-Prof. Dr. Markus Vašek

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl II 162/2024](#)

Verordnung des Bundeseinigungsamts beim Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft, mit der der **Kollektivvertrag** für die Arbeitnehmerinnen und **Arbeitnehmer** der **privaten Bildungseinrichtungen** zur Satzung erklärt wird

[BGBl II 163/2024](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die **Österreichische Arzneitaxe** geändert wird (151. Änderung der Arzneitaxe)

[BGBl II 164/2024](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die **ZASS-Ausbildungsverordnung** geändert wird (ZASS-AVO-Novelle 2024)

[BGBl II 165/2024](#)

Verordnung des Bundesministers für Finanzen, mit der die Verordnung über die Aufstellung eines Durchschnittssatzes für die Ermittlung der abziehbaren **Vorsteuerbeträge** bei Umsätzen aus dem **Einstellen** von **fremden Pferden** (PferdePauschVO) geändert wird

[BGBl II 166/2024](#)

Kundmachung des Bundesministers für Finanzen über die Änderung des Spruchs zur Aufhebung einer Wortfolge im Anhang zur Verordnung des Bundesministers für Finanzen gem § 3b Abs 3 des **ABBAG-Gesetzes** betreffend Richtlinien über die Gewährung eines Verlustersatzes durch die COVID-19 Finanzierungsagentur des Bundes (**COFAG**), BGBl II Nr 568/2020, idF BGBl II Nr 75/2021, durch den VfGH

[BGBl III 91/2024](#)

Berichtigung des Wortlauts des Art 37 Abs 2 des Vertrags zwischen der Republik Österreich, der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über die **grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit**

[BGBl III 100/2024](#)

Teilweise Suspendierung des Abkommens zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Republik Belarus zur Vermeidung der **Doppelbesteuerung** auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen

[BGBl III 102/2024](#)

Berichtigung der Änderung des Basler Übereinkommens über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung **gefährlicher Abfälle** und ihrer **Entsorgung**, angenommen auf der dritten Tagung der Vertragsparteienkonferenz in Genf am 22. September 1995

II. AMTSBLATT DER EU

[ABl L 2024/1712 v 24.06.2024](#)

Richtlinie (EU) 2024/1712 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2024 zur Änderung der Richtlinie 2011/36/EU zur **Verhütung** und **Bekämpfung des Menschenhandels** und zum **Schutz seiner Opfer**

[ABl L 2024/1747 v 26.06.2024](#)

Verordnung (EU) 2024/1747 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2024 zur Änderung der Verordnungen (EU) 2019/942 und (EU) 2019/943 in Bezug auf die **Verbesserung des Elektrizitätsmarktdesigns** in der Union

[ABl L 2024/1711 v 26.06.2024](#)

Richtlinie (EU) 2024/1711 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2024 zur Änderung der Richtlinien (EU) 2018/2001 und (EU) 2019/944 in Bezug auf die **Verbesserung des Elektrizitätsmarktdesigns** in der Union

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

28.11.2023, [V 4/2023 ua](#)

Tir RaumordnungsG; Aufhebung eines **Bebauungsplans** einer Tiroler Gemeinde **mangels hinreichender Grundlagenforschung** sowie mangels zusammenfassender Darstellung der wesentlichen Entscheidungsgrundlagen; keine Bedenken gegen die Änderung des **Flächenwidmungsplans** „Umwidmung Gemeindegebiet Steinbrücken“

10.06.2024, [V 23/2023](#)

Tir RaumordnungsG; Aufhebung eines **Bebauungsplans** einer Tiroler Gemeinde **mangels hinreichender Grundlagenforschung** sowie mangels zusammenfassender Darstellung der wesentlichen Entscheidungsgrundlagen; keine Bedenken gegen die Änderung des **Flächenwidmungsplans** „Umwidmung Gemeindegebiet Steinbrücken“

10.06.2024, [V 30/2023](#)

ArbeitsmarktserviceG; **ArbeitslosenversicherungsG**; Gesetzwidrigkeit einer VO der Landesgeschäftsstelle des Arbeitsmarktservice Niederösterreich **mangels Genehmigung** bzw Beschluss durch den zuständigen **Landesgeschäftsführer**; Verwaltungsakt enthält keinen Nachweis der behördlichen Willensbildung des geschäftsführenden Organs

10.06.2024, [G 41/2024 ua](#)

Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsG; § 35 Abs 3 S 1 Sbg LandeselektrizitätsG sieht eine **Kündigungsmöglichkeit** der **Grundversorgung** aus wichtigem Grund vor; ein wichtiger Grund ist iSd S 2 leg cit die Möglichkeit des Abschluss eines

Stromlieferungsvertrags mit einem anderen Stromversorgungsunternehmen außerhalb der Grundversorgung; eine **Kündigungsmöglichkeit** für das zur Grundversorgung verpflichtete Stromversorgungsunternehmen (einzig) aus dem Grund, dass ein dritter Stromhändler/Lieferant bereit ist, außerhalb der Grundversorgung einen Liefervertrag mit dem die Grundversorgung begehrenden Verbraucherkunden abzuschließen, ohne dass für diesen Liefervertrag die **Tarifobergrenze**, wie in § 77 Abs 2 S 1 Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsG grundsätzlich vorgegeben ist, bindend wäre, verstößt gegen die grundsätzlich in § 77 Abs 1 S 2, Abs 2 S 1 leg cit geregelte Pflicht zur Grundversorgung für alle Haushaltskunden zu wettbewerbsfähigen und diskriminierungsfreien Preisen

10.06.2024, [G 3063/2023 ua](#)

SicherheitspolizeiG; WaffenG; § 38a Abs 8 SicherheitspolizeiG ist als Rechtsfolge zum Grundtatbestand des Abs 1 leg cit derart konzipiert, dass im Falle der **Bekämpfung** der Anordnung des **Betretungs- und Annäherungsverbots** auch die Rechtsfolge mitumfasst ist; der Umstand, dass **Individualrechtsschutz** allenfalls nur unter vergleichsweise restriktiven Voraussetzungen möglich ist, führt nicht quasi automatisch zur Verfassungswidrigkeit der die Rechtsfolge anordnenden Norm; wenn in dem speziellen, in § 38a leg cit vorgesehenen Verfahren die rechtmäßige Anordnung bejaht wird und die damit einhergehende Verpflichtung zur Teilnahme an einer Gewaltpräventionsberatung als solche nicht isoliert bekämpft werden kann, ist das keine unverhältnismäßige Verkürzung des Rechtsschutzes und daher **kein Verstoß** gegen das **Rechtsstaatsprinzip**

10.06.2024, [E 546/2024](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Ausüben von Willkür; keine Auseinandersetzung mit der individuellen Situation des minderjährigen Bf und der vorgebrachten Gefahr einer drohenden Einziehung zum Militärdienst, wenn der Bf das wehrfähige Alter erreicht; mangelnde schlüssige Begründung, warum diesbezüglich keine asylrelevante Verfolgung vorliegt

10.06.2024, [E 580/2024](#)

GlücksspielG; Verletzung im Recht auf **Gleichheit aller Staatsbürger** durch Ausüben von **Willkür**; da der Bf durch das von ihm vor dem VwG Wien bekämpfte **Straferkenntnis** der LPD Wien vom 08.05.18 der unternehmerischen Zugänglichmachung verbotener Ausspielungen (und nicht der Veranstaltung von verbotenen Ausspielungen) iSd § 2 Abs 4 GlücksspielG schuldig befunden wurde, erweisen sich die Ausführungen des VwG als nicht nachvollziehbar; das VwG legt seiner Entscheidung offenbar den Inhalt des gegen den handelsrechtlichen Geschäftsführer ergangenen Straferkenntnisses vom 28.05.18 zugrunde, das es in seiner Entscheidung auch auszugsweise abdruckt; damit entspricht die angefochtene Entscheidung von vornherein nicht den rechtsstaatlichen Anforderungen an die Begründung gerichtlicher Entscheidungen; sie ist einer nachprüfenden Kontrolle durch den VfGH nicht zugänglich

10.06.2024, [E 581/2024](#)

GlücksspielG; Verletzung im Recht auf **Gleichheit aller Staatsbürger** durch Ausüben von **Willkür**; da der Bf durch das von ihm vor dem VwG Wien bekämpfte **Straferkenntnis** der LPD Wien vom 28.05.18 der Veranstaltung (und nicht der unternehmerischen Zugänglichmachung) von verbotenen Ausspielungen iSd § 2 Abs 4 GlücksspielG schuldig befunden wurde, erweisen sich die Ausführungen des VwG als nicht nachvollziehbar; das VwG legt seiner Entscheidung offenbar den Inhalt des gegen den Inhaber des Spiellokals ergangenen Straferkenntnisses zugrunde, das es in seiner Entscheidung auch auszugsweise abdruckt; damit entspricht die angefochtene Entscheidung von vornherein nicht den rechtsstaatlichen Anforderungen an die Begründung gerichtlicher Entscheidungen; sie ist einer nachprüfenden Kontrolle durch den VfGH nicht zugänglich

11.06.2024, [E 173/2024](#)

AsylG; GRC; Verletzung im Recht auf **Durchführung einer mündlichen Verhandlung** gem Art 47 Abs 2 GRC; die Durchführung einer mündlichen Verhandlung wäre geboten gewesen; die sich aus der Minderjährigkeit des Bf ergebenden Erfordernisse einer „besonderes sorgfältigen Beweiswürdigung“ und eines „herabgesetzten Maßstabs an die Genauigkeit der Angaben“ werden zwar angemerkt, der bloße Verweis darauf, dass die Abweichungen in den Angaben des Bf das „Kernvorbringen“ seiner Fluchtgeschichte betreffe, weshalb trotz seiner Minderjährigkeit Angaben „ohne grobe Widersprüche“ erwarten werden könnten, wurde diesen Vorgaben nicht gerecht; beim **Aussageverhalten eines Minderjährigen** darf nicht derselbe Maßstab wie bei erwachsenen Asylwerbern angelegt werden

11.06.2024, [E 241/2024](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Ausüben von Willkür; fehlende Ermittlungstätigkeit in entscheidenden Punkten; keine Berücksichtigung bei der Beurteilung der Glaubwürdigkeit des Bf weder dessen Minderjährigkeit noch dessen psychische Gesundheit; Ignorieren des Parteivorbringens

11.06.2024, [E 1569/2023](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Ausüben von Willkür; keine Auseinandersetzung mit der Frage, ob dem Bf ein Weg in die Region offensteht, auf dem er nicht in Gefahr läuft, einer Verfolgung iSd Art 1 Abschnitt A Z 2 Genfer Flüchtlingskonvention ausgesetzt zu sein; keine Prüfung, ob der Bf in seine Herkunftsregion gelangen kann, ohne dabei der asylrelevanten Verfolgung durch den syrischen Staat ausgesetzt zu sein

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

17.04.2024, [Ra 2023/03/0181](#)

Audiovisuelle MediendiensteG; Sendungen, die zwar nicht ausschließlich, aber zumindest auch der **politischen Information** dienen, sind als Sendungen zur politischen Information im Sinne des § 37 Abs 4 Audiovisuelle MediendiensteG einzuordnen; daher fiel auch die Sendung im vorliegenden Fall („Café Puls“), in der zwei weniger als dreiminütige Beiträge zu einem politischen Thema mit einer Wiederholung innerhalb der ungefähr zweistündigen Sendung liefen, unter den Begriff der Sendung zur politischen Information, sodass für die vorliegende Sendung das **Sponsoringverbot** zum Tragen kam

23.05.2024, [Ra 2022/05/0202](#)

Wr BauO; im vorliegenden Fall hat das VwG die **Parteistellung** des Rw zu Recht verneint, indem es die Frist des § 134 Abs 4 Wr BauO („bis längstens drei Monate nach Baubeginn“) trotz Nichtdurchführung einer **Bauverhandlung** zur Anwendung brachte und die rund zwei Jahre nach Baubeginn (Herbst 2018) erhobenen Einwendungen des Rw als verspätet erachtete und daher die Beschwerde zurückwies

C. VERWALTUNGSGERICHTE

LVwG Nö 17.04.2024, [LVwG-S-2030/001-2023](#)

Nö BauO; ist ein **Straferkenntnis** gem § 43 Abs 1 VwGVG von Gesetzes wegen außer Kraft getreten, hat die Einstellung nach dem letzten Halbsatz dieser Bestimmung mit Erkenntnis zu erfolgen; im Falle der bloßen **Einstellung** des **Beschwerdeverfahrens** mit Beschluss nach § 50 Abs 1 erster Halbsatz leg cit (also einer verfahrensrechtlichen Entscheidung) schiene eine weitere Verfolgung nicht ausgeschlossen, da diesfalls **keine rechtskräftige Entscheidung** über den Gegenstand des Straferkenntnisses bzw den Beschwerdegegenstand vorläge; dies gilt auch dann, wenn (infolge der Erhebung einer bloß gegen die Strafhöhe gerichteten Beschwerde) hinsichtlich des Tatvorwurfs Teilrechtskraft eingetreten ist

LVwG Nö 10.05.2024, [LVwG-AV-2462/001-2023](#)

Nö BauO; **Nö Raumordnungsg**; sowohl dem Nö Raumordnungsg als auch der Nö BauO ist der Begriff „**Parkplatz**“ fremd; nachdem § 30 Abs 2 Z 10 Nö Raumordnungsg ausdrücklich **Abstellanlagen** iZm § 63 Nö BauO erwähnt, ist davon auszugehen, dass die Legaldefinition des § 4 Z 1 leg cit auch dem Nö Raumordnungsg zu Grunde zu legen ist; bei „Abstellanlage“ iSd § 4 Nö BauO handelt es sich um einen **weiten Oberbegriff**, von dem der Gesetzgeber selbst drei Unterfälle vorzeichnet; hat der Verordnungsgeber in der Widmung nicht den weiten gesetzlichen Begriff „Abstellanlage“ verwendet, sondern den Begriff „Parkplatz“, ist mangels eines entgegenstehenden Anhaltspunkts davon auszugehen, dass er sich an der **gesetzlichen Terminologie** orientiert und daher den Begriff „Abstellanlage“ bewusst vermieden hat

LVwG Nö 18.06.2024, [LVwG-S-871/001-2024](#)

StVO; ein Verfall nach § 99b Abs 1 StVO ist nur für den Fall extremer **Geschwindigkeitsübertretungen** vorgesehen, und auch dann ist von der Behörde eine Prognose hinsichtlich des künftigen Verhaltens des Täters anzustellen; es sind auch dann allfällige einschlägige Vorstrafen zu berücksichtigen; diese **Grundsätze** sollen – soweit dies im jeweiligen Verfahrensschritt praktisch machbar ist – bereits auch bei der von der Behörde per **Bescheid** verfügten Beschlagnahme zum Tragen kommen

LVwG Oö 11.04.2024, [LVwG-552941](#)

AltlastensanierungsG; die Bezirksverwaltungsbehörde hat die Frage, ob eine **beitragspflichtige Tätigkeit** iSd AltlastensanierungsG vorliegt, selbständig als **Hauptfrage** zu beurteilen; im Beschwerdeverfahren vor dem BFG wird somit keine für das Feststellungsverfahren nach § 10 leg cit bindende Vorfrage beantwortet

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[25.06.2024, Rs C-626/22, Ilva ua](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Umwelt** – Art 191 AEUV – Industrieemissionen – Richtlinie 2010/75/EU – Integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung – Art 1, 3, 8, 11, 12, 14, 18, 21 und 23 – Art 35 und 37 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Verfahren zur Erteilung und Überprüfung einer **Betriebsgenehmigung** für eine Anlage – Maßnahmen zum Schutz der Umwelt und der menschlichen Gesundheit – Recht auf eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt

[27.06.2024, Rs C-284/23, Haus Jacobus](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Sozialpolitik** – Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes von **schwangeren Arbeitnehmerinnen, Wöchnerinnen und stillenden Arbeitnehmerinnen** am Arbeitsplatz – Richtlinie 92/85/EWG – Verbot der Kündigung – Arbeitnehmerin, die nach Ablauf der Frist für die Erhebung einer Klage gegen ihre Kündigung von ihrer Schwangerschaft Kenntnis erlangt hat – Möglichkeit, eine solche Klage zu erheben, sofern innerhalb von zwei Wochen ein Antrag auf Zulassung der verspäteten Klage gestellt wird – Anspruch auf **effektiven gerichtlichen Rechtsschutz** – Effektivitätsgrundsatz

[27.06.2024, Rs C-168/23, Prysmian Cabluri și Sisteme](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Zollunion** – Gemeinsamer Zolltarif – Kombinierte Nomenklatur – Zolltarifliche Einreihung – Kabel aus optischen Fasern – Unterpositionen 8544 70 00 und 9001 10 90 – Änderung der Erläuterungen zur Kombinierten Nomenklatur – Grundsätze der **Rechtssicherheit** und des **Vertrauensschutzes**

[27.06.2024, Rs C-41/23, Peigli](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Sozialpolitik** – EGB-UNICE-CEEP-Rahmenvereinbarung über befristete Arbeitsverträge – Paragraphen 2 und 4 – Diskriminierungsverbot – **Gleichbehandlung** in Beschäftigung und Beruf – Ehrenamtliche Richter und Staatsanwälte und Berufsrichter und -staatsanwälte – Paragraph 5 – Maßnahmen zur Ahndung des missbräuchlichen Einsatzes befristeter Arbeitsverträge – Richtlinie 2003/88/EG – Art 7 – **Bezahlter Jahresurlaub**

[27.06.2024, Rs C-201/19 P, Servier ua / Kommission](#)

Rechtsmittel – Wettbewerb – **Pharmazeutische Erzeugnisse** – Markt für Perindopril – Art 101 AEUV – Kartelle – Potenzieller Wettbewerb – Bezweckte Einschränkung des Wettbewerbs – Strategie zur Verzögerung des Markteintritts von Perindopril-Generika – Vergleich zur gütlichen Beilegung eines Patentrechtsstreits – **Dauer der Zuwiderhandlung** – Begriff der einheitlichen Zuwiderhandlung – Aufhebung oder Herabsetzung der Geldbuße

[27.06.2024, Rs C-176/19 P, Kommission/ Servier ua](#)

Rechtsmittel – Wettbewerb – **Pharmazeutische Erzeugnisse** – Markt für Perindopril – Art 101 AEUV – Kartelle – Aufteilung der Märkte – Potenzieller Wettbewerb – Bezweckte Einschränkung des Wettbewerbs – Strategie zur Verzögerung des Markteintritts von Perindopril-Generika – Vergleich zur gütlichen Beilegung eines Patentrechtsstreits – **Patentlizenzvertrag** – Vereinbarung über die Übertragung und Lizenzierung von Technologie – Art 102 AEUV – Relevanter Markt – Missbrauch einer beherrschenden Stellung

B. SCHLUSSANTRÄGE

[27.06.2024, Rs C-579/23 P, Consortium des Charcutiers Corses \(GA Sánchez-Bordona\)](#)

Rechtsmittel – **Landwirtschaft** – Verordnung (EU) Nr 1151/2012 – Schutz der Ursprungsbezeichnungen (gU) und geografischen Angaben (ggA) – Ablehnung der Anträge für ‚Jambon sec de l’Île de Beauté‘, ‚Lonzo de l’Île de Beauté‘ und ‚Coppa de l’Île de Beauté‘ – Eintragungsfähigkeit von Namen – Anspielung auf die älteren gU ‚Jambon sec de Corse/Prisuttu‘, ‚Lonzo de Corse/Lonzu‘ und ‚Coppa de Corse/Coppa di Corsica‘ – Umfang der **Kontrolle des Eintragungsantrags** durch die Europäische Kommission

[27.06.2024, Rs C-236/23, Matmut \(GA Szpunar\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 2009/103/EG – **Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung** – Umfang des Pflichtversicherungsschutzes zugunsten Dritter – Nationale Regelung, nach der einem geschädigten Fahrzeuginsassen die **Nichtigkeit des Versicherungsvertrags** auf der Grundlage einer **vorsätzlich falschen Angabe** durch diesen Fahrzeuginsassen zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses entgegengehalten werden kann

[27.06.2024, verb Rs C-123/23 und C-202/23, Khan Yunis \(GA Emiliou\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – **Asyl** – Richtlinie 2013/32/EU – Gemeinsame Verfahren für die Zuerkennung und Aberkennung des internationalen Schutzes – Antrag auf internationalen Schutz – Unzulässigkeitsgründe – Art 33 Abs 2 Buchst d und Art 40 – **Folgeantrag** auf internationalen Schutz – Umstände, unter denen ein Folgeantrag für **unzulässig** erklärt werden kann – Möglichkeit, einen Folgeantrag für unzulässig zu erklären, der gestellt wird, nachdem ein Asylverfahren über einen früheren Antrag der betreffenden Person von einem anderen Mitgliedstaat abgeschlossen wurde

[27.06.2024, Rs C-726/22 P, Kommission/ Pollinis France \(GA Emiliou\)](#)

Rechtsmittel – **Zugang zu Dokumenten** – Verordnung (EG) Nr 1049/2001 – Verweigerung des Zugangs – Leitlinien zur Bewertung des Risikos von Pflanzenschutzmitteln für Bienen – **Komitologie** – Angelegenheit, in der noch kein Beschluss gefasst wurde – Entscheidungsprozess – Standpunkte der einzelnen Mitgliedstaaten – Gefahr der ernstlichen Beeinträchtigung des Entscheidungsprozesses

C. GERICHT

[26.06.2024, Rs T-698/21, Paraskevaidis/ Rat und Kommission](#)

Öffentlicher Dienst – Beamte – **Dienstbezüge** – Familienzulagen – Erziehungszulage – Verweigerung der Gewährung – Art 3 Abs 1 des Anhangs VII des Statuts – Berufsausbildung – **Hochschulbildung** – Übertragung von Befugnissen – Rücknahme der übertragenen Befugnisse – **Zuständige Anstellungsbehörde**

[26.06.2024, Rs T-305/23, Fest/ Parlament](#)

Institutionelles Recht – Mitglied des Parlaments – **Vorrechte und Befreiungen** – Beschluss, die parlamentarische Immunität aufzuheben – Art 8 und 9 des Protokolls Nr 7 über die Vorrechte und Befreiungen der Union – Begriff ‚Zusammenhang mit dem Amt eines Abgeordneten‘ – **Offensichtlicher Beurteilungsfehler**

[26.06.2024, Rs T-595/23, beckberg/ EUIPO \(Représentation d'un poussin éclos\)](#)

Unionsmarke – Anmeldung einer **Unionsbildmarke**, die ein geschlüpftes Küken darstellt – **Absolutes Eintragungshindernis** – Fehlende Unterscheidungskraft – Art 7 Abs 1 Buchst b der Verordnung (EU) 2017/1001

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

20.06.2024, Beschwerde Nr [13968/22](#), *Spišák/Tschechische Republik*

Verletzung von Art 14 EMRK (Verbot der Benachteiligung), **Verletzung** von Art 5 EMRK (Recht auf Freiheit und Sicherheit); **Untersuchungshaft** eines Jugendlichen, der wegen einer schweren Straftat verfolgt wird, unterliegt alle sechs Monate einer automatischen gerichtlichen Überprüfung und nicht alle drei Monate wie bei Erwachsenen, die wegen derselben Kategorie von Straftaten verfolgt werden; **altersbedingte Ungleichbehandlung**; Fehlen einer objektiven und angemessenen Rechtfertigung für die weniger günstige Periodizität der automatischen gerichtlichen Kontrolle des Gewahrsams

25.06.2024, Beschwerde Nr [20958/14](#) ua, *Ukraine/Russland (GK)*

Ua wurden folgende Verletzungen nach der **Annexion** der Halbinsel **Krim** im Jahr 2014 festgestellt: **Verletzung** von Art 2 EMRK (Recht auf Leben), gewaltsames Verschwindenlassen durch die Verwaltung und das Fehlen einer wirksamen Untersuchung der glaubwürdigen Vorwürfe dieser Praxis; **Verletzung** von Art 3 EMRK (Verbot der Folter), unmenschliche und erniedrigende Behandlung; Misshandlung ukrainischer Soldaten, ethnischer Ukrainer, Krimtataren und Journalisten; **Verletzung** von Art 5 EMRK (Recht auf Freiheit und Sicherheit); unangekündigten Inhaftierung von ukrainischen Soldaten, ethnischen Ukrainern, Krimtataren und Journalisten ohne Kontakt zur Außenwelt; anhaltender rechtswidriger Freiheitsentzug; **Verletzung** von Art 6 EMRK (Recht auf ein faires Verfahren); umfassende Anwendung des russischen Rechts auf der Krim nach deren Aufnahme in die Russische Föderation, was gegen das Übereinkommen in seiner Auslegung im Lichte des humanitären Völkerrechts verstößt

25.06.2024, Beschwerde Nr [23215/21](#), *Vlaisavleviki/Nordmazedonien*

Verletzung von Art 8 EMRK (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens); **Versäumnis** der nationalen Gerichte, den Bf vor der angeblich rechtswidrigen Erhebung und Verwendung seiner **personenbezogenen Daten** durch einen privaten Wärmerversorger zu schützen, der ihm trotz seiner Einwände, dass er kein Nutzer der Dienstleistungen des Versorgers sei, wiederholt Rechnungen über eine Dauerheizungsabgabe übersandt habe; unterbliebene Prüfung des Kerns der Beschwerde des Bf

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer, Univ.-Prof. Dr. Markus Vašek (Leitung), Univ.-Ass. Mag. Daniela Emeder, Univ.-Ass. Mag. Theresa Gierlinger, Wiss.-Mit. Anna Kneidinger, Univ.-Ass. Mag. Katharina Marx, Univ.-Ass. Mag. Julia Rauch, Univ.-Ass. Mag. Anna Schöfecker, LL.B., Dr. Simon Wischt, Univ.-Ass. Georg Wurmhöringer, LL.M..

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.